

Patrick Emmenegger

Parteien und Opportunitätsstrukturen: Die parteipolitischen Determinanten der Staats- und Sozialausgaben, 1980-2000

Während die Parteidifferenzthese in den 1980er Jahren noch heftig umstritten war, setzte sich in den 1990er Jahren ein Konsens durch, welcher eine Bestätigung der These nahe legte. In den letzten Jahren begannen aber neue theoretische und empirische Herausforderungen, diesen Konsens in Frage zu stellen. Der vorliegende Artikel untersucht im Anschluss an diese Debatte den Beitrag der Parteidifferenzthese zur Erklärung der Entwicklung der Staatsausgaben im Zeitraum 1980 bis 2000. Die Parteidifferenzthese kann dabei in einer „bedingten“ Form bestätigt werden. Regierungspartizipation von Links- und Mitteparteien führt zu höheren Staats- und Sozialausgaben, wenn sich die Regierungen bereits seit einigen Jahren im Amt befinden. Die institutionellen Beschränkungen der Zentralmacht beeinflussen hingegen die Effektivität der Regierungen entgegen der weit verbreiteten Meinung nicht.

1. Einleitung

Die Staatsquote ist eine zentrale Größe im politischen und ökonomischen Diskurs. Insbesondere politische Parteien vertreten unterschiedliche Ansichten bezüglich der gewünschten Höhe der Staatsquote, des Anteils der Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts. Dieser Dissens lässt sich in allen reichen Industrienationen beobachten (Budge et al. 2001). Gleichzeitig kann auch eine große Variation in Bezug auf die tatsächliche Höhe der Staatsquoten im internationalen Vergleich konstatiert werden. Während sich die Staatsquote Schwedens im Jahr 2000 auf 57,3 Prozent belief, wiesen die USA im selben Jahr mit 33,7 Prozent eine fast halb so große Staatsquote auf. Irlands Staatsquote sank im Zeitraum 1980 bis 2000 um rund 18 Prozent. Zur gleichen Zeit wuchs Griechenlands Staatsquote um den gleichen Betrag (OECD 2004a). Im Zentrum dieser Arbeit steht deshalb die Frage, inwiefern Parteienunterschiede diese Variationen in der tatsächlichen Höhe und Entwicklung der Staatsausgaben erklären können.

Fragen der Verstaatlichung und Stärkung des öffentlichen Sektors zählen zu den zentralen Punkten einer Parteiideologie und lassen sich quer durch die meisten Parteien präzise bezeichnen (Beyme 2000: 89; Tufté 1978: 71; Budge/Robertson 1987: 394-395; Schmidt 2000: 26). Gemäß Ian Budge und David Robertson (1987: 394-395) liegt diese Fragestellung auch dem Links/Rechts-Gegensatz zu Grunde. Die vorliegende Arbeit erforscht diesen Zusammenhang empirisch. Dabei kann auf zahlreiche andere empirische Arbeiten zurückgegriffen werden. Eine der wohl bekanntesten Arbeiten zum Einfluss der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung auf die Staatstätigkeiten stammt von Evelyne Huber et al. (1993). Die AutorInnen präsentieren für den Zeitraum 1956-1988 einen hochsignifikanten Zusammenhang zwischen der parteipolitischen Regierungszusammensetzung und drei Variablen für die Staats-

ausgaben: Linke Parteien haben (mit abnehmendem Signifikanzniveau) einen positiven Effekt auf die Staatsausgaben, die Sozialausgaben und die sozialen Transfers. Christdemokratische Parteien haben ebenfalls einen positiven Effekt auf die Höhe der Ausgaben, wobei der Zusammenhang bei den sozialen Transfers am stärksten und bei den totalen Staatsausgaben am kleinsten ist (Huber et al. 1993: 738-739). Mit dieser Arbeit schien die Debatte über die Gültigkeit der Parteidifferenzthese zur Erklärung der Staats- und Sozialausgaben endgültig beendet. So schrieb Edwin Amenta, dass Huber et al. (1993) „have uncovered almost everything there is to find with these data“ (Amenta 1993: 760). Arend Lijphart ging in seiner Presidential Address als Präsident der American Political Science Association sogar noch einen Schritt weiter: „There is an extensive comparative literature about welfare, redistribution, full employment, social security, and overall government spending policies that is unanimous in its conclusion that political parties do matter“ (1997: 4).

Doch dieser Konsens blieb nicht unangegriffen. Auf theoretischer Ebene kommt den Arbeiten von Paul Pierson eine herausragende Bedeutung zu. Pierson streitet einen Zusammenhang zwischen den parteipolitischen Kräfteverhältnissen und den Staatsausgaben nicht generell ab, er unterscheidet jedoch zwischen zwei Phasen: In Zeiten der Expansion der Staatsausgaben, im Speziellen der Sozialausgaben, zählen Parteeffekte zu den wichtigsten Erklärungsfaktoren für die unterschiedliche Entwicklung. In den vergangenen rund 20 Jahren ist die Expansion jedoch zu Ende gegangen. Für diese Jahre des Abbaus bzw. der Stagnation der Staatsausgaben funktionieren gemäß Pierson die „alten“ Theorien zur Erklärung der Entwicklung der Staatsausgaben nicht mehr (1996: 143).¹ Zu einem analogen Schluss kommen auch Evelyn Huber und John D. Stephens: „Our data show a sharp decline in partisan effects on welfare state expansion/retrenchment“ (2001: 125; vgl. auch Castles 2001; Kittel et al. 2000; Obinger/Kittel 2003). Demgegenüber finden beispielsweise James P. Allan und Lyle Scruggs (2004) sowie Walter Korpi und Joakim Palme (2003) weiterhin deutliche Parteeffekte in dem Sinne, dass sozialdemokratische Regierungsbeiträge zu weniger (Wohlfahrts-)Staatsabbau führt.² Eine dritte These vertreten wiederum Christoffer Green-Pedersen (2001; 2002) und Fiona Ross (2000). In ihren Analysen erweisen sich nicht die rechten Parteien als erfolgreiche Reformer, sondern die größten Einschnitte werden von sozialdemokratischen Regierungen durchgeführt.

Auf empirischer Ebene sind es vor allem methodologische Weiterentwicklungen, welche die Ergebnisse älterer empirischer Analysen in Frage stellen. So kommen Bernhard Kittel et al. (2000) in einer Reanalyse des „Klassikers“ von Huber et al. (1993) zum Schluss, dass „kein Effekt politisch-institutioneller Bestimmungsfaktoren isoliert werden konnte“ (2000: 361). Die Autoren lehnen die Parteidifferenzthese nicht grundsätzlich ab, sie beobachten jedoch im „Expansionsprozess der Sozialausgaben eine zunehmend selbstreferentielle Dynamik, die im Laufe der Zeit immer

1 Verwandt, jedoch nicht deckungsgleich mit der Theorie Piersons sind die verschiedenen Thesen betreffend der Internationalisierung der Wirtschaft. Sie postulieren einen verstärkten Druck auf die Staatsausgaben sowie eine Einschränkung der Handlungsfreiheit nationalstaatlicher Regierungen aufgrund der Zunahme des grenzüberschreitenden Handels.

2 Im Gegensatz zu Huber und Stephens, welche Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts als abhängige Variable verwenden, werden bei Allan und Scruggs sowie Korpi und Palme die sozialstaatlichen Ausgaben mit Hilfe von Lohnersatzraten gemessen.

weniger auf politische Steuerungsimpulse zu reagieren scheint“ (Kittel et al. 2000: 361). Zu einem ähnlichen Schluss kommen Kittel und Hannes Winner (2002) in einer Reanalyse der Arbeit von Geoffrey Garrett und Deborah Mitchell (2001). Während letztere noch einen signifikanten Zusammenhang zwischen den parteipolitischen Kräfteverhältnissen und der Staatsquote beobachten, erweist sich dieser in der sorgfältigen Reanalyse von Kittel und Winner als zufällig.

Ich gehe in der vorliegenden Arbeit von der Prämisse aus, dass der Einfluss der Parteien auf die Entwicklung der Staatsausgaben mit zahlreichen anderen Faktoren interagiert. Zwei Faktoren werden in diesem Beitrag explizit modelliert. Einerseits erwarte ich einen schwächeren Parteeffekt beim Vorliegen zahlreicher institutioneller Beschränkungen der Zentrumsmacht, andererseits einen stärkeren Parteeffekt bei Regierungen mit langer Amtsdauer. Ich argumentiere, dass eine Nicht-Berücksichtigung dieser „Opportunitätsstrukturen“ zu einer falschen Einschätzung des Parteeinflusses auf die Staatstätigkeit führt.

Der Zusammenhang zwischen der Zusammensetzung der Regierung und den Staatsausgaben soll im Nachfolgenden anhand eines Vergleichs der etablierten Demokratien der OECD-Welt im Zeitraum von 1980 bis 2000 untersucht werden. In einem ersten Schritt werden die theoretischen Grundlagen der Parteidifferenzthese sowie die zentralen Argumente ihrer Kritiker vorgestellt. Nach der Herleitung des zu schätzenden Modells werden die empirischen Resultate diskutiert. Eine Konklusion fasst die Ergebnisse des vorliegenden Beitrages zusammen.

2. Die Parteidifferenzthese

Als Autor der klassischen Formulierung der Parteidifferenzthese gilt Douglas A. Hibbs. Er beobachtet einen Trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation, abgebildet in der sogenannten Philips-Kurve. Diese Kurve besagt, dass zwangsläufig eine höhere Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden muss, um eine niedrigere Inflationsrate zu erreichen. Eine niedrige Arbeitslosenrate setzt eine hohe Inflationsrate voraus (1977: 1467-1468). Die Parteien kommen dadurch ins Spiel, dass die beiden Ecklösungen, niedrige Inflation/hohe Arbeitslosigkeit bzw. hohe Inflation/niedrige Arbeitslosigkeit, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen begünstigen. Während die unteren sozialen Schichten die Ecklösung hohe Inflation/niedrige Arbeitslosigkeit bevorzugen, tendieren die höheren sozialen Schichten zur Ecklösung niedrige Inflation/hohe Arbeitslosigkeit (1977: 1470). In der unterschiedlichen Vertretung dieser beiden Gruppen – die unteren sozialen Schichten werden durch linke, die oberen durch rechte Parteien vertreten – begründet sich sodann der Links/Rechts-Gegensatz. Da die Steuerungskapazität von Regierungen als relativ groß eingeschätzt wird, lässt sich die Wirtschaftspolitik folglich zu einem erheblichen Teil auf die unterschiedlichen parteipolitischen Zusammensetzungen der Regierungen zurückführen (Zohlnhöfer 2003: 49).

Die Theorie von Hibbs ist nicht unwidersprochen geblieben. So kann die Annahme einer langfristigen Philips-Kurve nicht aufrechterhalten werden (Dornbusch/Fischer 1984: 423-429). Auf empirischer Ebene zeigt Manfred G. Schmidt, dass eine Veränderung der Zusammensetzung des Länder-Samples die von Hibbs gemessenen

Zusammenhänge drastisch abschwächt (1982: 107). Hibbs überschätzt weiter die Steuerungskapazität der Regierungen. So ist der Einfluss von Parteien auf staatliches Handeln beispielsweise abhängig von Institutionen (M. Schmidt 1996: 175) sowie dem Grad der Internationalisierung der Wirtschaft und dem sozioökonomischen Problemdruck (Scharpf/V. Schmidt 2000: 335). Eine weitere, zentrale Schwäche des Ansatzes von Hibbs ist sodann die Annahme, bestimmte Schichten hätten „objektiv wie subjektiv klar voneinander abgrenzbare wirtschaftspolitische Interessen, die dazu führten, dass sie mehr oder minder geschlossen ‚ihre‘ Klassenpartei wählten“ (Zohlnhöfer 2003: 49). So brachten einerseits andere gesellschaftliche Konfliktlinien wichtige Parteien hervor, die im Modell von Hibbs nicht vorgesehen sind (Lipset/Rokkan 1967), andererseits lösen sich die Parteien vom Parteienwettbewerb im Sinne einer „chasse gardée“ und versuchen auch andere Bevölkerungssegmente anzusprechen (Kirchheimer 1965: 32).

Trotz der empirischen und theoretischen Schwächen des Modells von Hibbs erfreute sich die Parteidifferenzthese in den nachfolgenden Jahren im politikwissenschaftlichen Diskurs großer Beliebtheit. Nach M. Schmidt (1996: 156) lässt sich eine abgeschwächte Version auf folgende Annahmen zurückführen: Die jeweilige Wählerschaft der verschiedenen Parteien hat unterschiedliche Präferenzen, die sie in den Wahlentscheid einfließen lässt. Die Programme der Parteien spiegeln diese Präferenzen ihrer Wählerschaft wider. Da die wichtigsten Ziele von Parteien neben Machterhalt („office-seeking“) auch die Durchsetzung von politischen Programmen („policy-seeking“) umfassen, betreiben die Parteien, welche die Regierung bilden, eine Politik, die mit ihren programmatischen Zielen zu einem großen Teil übereinstimmt. Schließlich wird angenommen, dass die Regierungen die von ihnen getroffenen Entscheidungen auch durchzusetzen vermögen.

In dieser Arbeit wird die Parteidifferenzthese zur Erklärung der Entwicklung und Höhe der Staatsausgaben verwendet. Gemäß M. Schmidt sind besonders große Unterschiede der politischen Steuerung „zwischen Linksparteiregierungen einerseits und liberalen und säkular-konservativen marktorientierten Regierungen andererseits zu erwarten“ (2000: 26). Alan Ware (1996) zeigt auf der Basis der Daten von Michael Laver und W. Ben Hunt (1992) und der Parteifamilien nach von Beyme (1985), dass sich über die Landesgrenzen hinweg liberale und konservative (ohne christdemokratische) Parteien bezüglich dem Issue „Public Ownership“ am marktorientierten „rechten“ Rand des Spektrums positionieren.³ Am „staatsorientierten“ linken Rand finden sich sozialdemokratische, sozialistische, kommunistische und grüne Parteien. Links der liberalen und (säkular-)konservativen Parteien, jedoch rechts der Sozialdemokratie positionieren sich die christdemokratischen und Zentrumsparteien (Ware 1996: 28-49). Diese Unterschiede lassen sich weitgehend darauf zurückführen, dass Links- und Mitteparteien dem Markt als Allokationsmechanismus nicht vertrauen. Sie erachten eine staatliche Korrektur als notwendig, um verteilungspolitische Ziele zu erreichen und die Marktkräfte zu kontrollieren. Ich formuliere entsprechend die

3 Die Skala von Laver und Hunt (1992) gibt die Experteneinschätzungen zur Position des Parteivorsitzenden bezüglich dem Issue „Public Ownership“ wieder. Eine Partei, die eine möglichst weitgehende Verstaatlichung der Wirtschaft anstrebt, wurde als ganz links, eine Partei, die jegliche Einmischung des Staates ablehnt, als ganz rechts eingestuft.

Hypothese, dass eine starke Vertretung von Links- bzw. Mitteparteien in der Regierung *ceteris paribus* zu höheren Staatsausgaben führt, wobei der Effekt bei letzteren schwächer ist.⁴

Der positive Effekt christdemokratischer Parteien auf die Staatsausgaben erfolgt in erster Linie über die Sozialausgaben. So haben gemäß der Sozialkapitalismusthese nicht nur Links- sondern auch christdemokratische Parteien – in der Terminologie dieser Arbeit Mitteparteien – einen positiven Effekt auf die Sozialausgaben (Kersbergen 1995; M. Schmidt 1996: 159). Unterschiede bestehen zwischen Links- und Mitteparteien nicht unbedingt bezüglich der Höhe, sondern bezüglich der Zusammensetzung der Sozialausgaben. Während Linksparteien mehr auf die staatliche Bereitstellung von Gütern (Realausgaben) setzen, bevorzugen Mitteparteien sozialstaatliche Transfers (Esping-Andersen 1990: 26-29). Damit kommt zum Ausdruck, dass es den beiden Parteifamilien um unterschiedliche Ziele geht, die mit Hilfe des Sozialstaates erreicht werden sollen. Während Linksparteien mittels eines umfangreichen öffentlichen Sektors in erster Linie Ungleichheiten beseitigen möchten, geht es den Mitteparteien mehr um die Sicherung der Position im Arbeitsmarkt und die Versicherung der Familien vor möglichen Gefährdungen durch Alter und Krankheit (Huber et al. 1993: 740). Aus diesen Überlegungen leitet sich folgende Hypothese ab: Je stärker die Links- bzw. Mitteparteien sind, desto höher sind die Sozialausgaben.

2.1 Parteien und Opportunitätsstrukturen

Die leitende These dieser Arbeit besagt, dass die Effekte der parteipolitischen Kräfteverhältnisse auf die staatliche Politik mit zahlreichen anderen Variablen interagieren. Zwei solche Interaktionen sollen in dieser Arbeit ausführlicher beleuchtet werden.

2.1.1 Institutionelle Beschränkungen der Zentrumsmacht

Allen institutionellen Theorien ist die Prämisse gemeinsam, dass Institutionen den Aktionsradius und die Strategien der politischen Akteure beeinflussen (Obinger/Kittel 2003: 362). So hebt Reimut Zohlnhöfer hervor, dass Regierungen unterschiedlicher parteipolitischer Zusammensetzung unterschiedliche Politiken verfolgen *wollen*, dies jedoch nicht zwangsläufig auch *können* (2003: 75). Zwei Faktoren stehen für ihn dabei im Zentrum. Einerseits kann die Handlungsfähigkeit nationaler Regierungen durch die Denationalisierung der Wirtschaft, andererseits durch institutionelle Vetopunkte limitiert werden. Auch M. Schmidt (1991, 1996) sieht den Aktionsradius nationaler Regierungen durch institutionelle Faktoren beschränkt. So muss die Regierung in der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise Rücksicht auf mächtige Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht oder die Bundesbank nehmen, während sich die Regierung Großbritanniens weit weniger mächtigen Nebenregierungen gegenüber sieht. Diese Überlegungen führen zur Hypothese, dass mit der wachsenden Anzahl institutioneller Beschränkungen der Zentrumsmacht die Chancen einer Regie-

4 In dieser Arbeit werden in Anlehnung an Klaus Armingeon et al. (2004) sozialdemokratische und links der Sozialdemokratie stehende Parteien als Linksparteien, liberale und säkular-konservative Parteien als Rechtsparteien sowie christdemokratische und Zentrumsparteien als Mitteparteien bezeichnet.

rung auf eine erfolgreiche Durchsetzung ideologisch gefärbter Politik sinken. Ein besonders deutlicher Effekt der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung auf die Entwicklung der Staats- und Sozialausgaben müsste sich entsprechend beim Vorliegen weniger institutioneller Veto-Punkte beobachten lassen.

2.1.2 Amtsjahre einer Regierung

Als zweiter Interaktionsfaktor werden die Amtsjahre der Regierung in die Analyse integriert. Diese Variable spiegelt die Anzahl Jahre zum Zeitpunkt t wider, die diese Regierung bereits im Amt ist.⁵ Auf diesen Faktor wurde in der Literatur der achtziger Jahre vielfach hingewiesen, deren Zusammenhang bisher aber nie explizit modelliert. Als einer der ersten argumentierte Manfred G. Schmidt (1982: 58-59), dass die Bürokratie von einer Regierung instrumentalisierbar ist. Neue Regierungen, welche Korrekturen des Status quo in Gang setzen wollen, stoßen sodann auf starke Barrieren und müssen zuerst ihrerseits die Bürokratie „erobern“. In eine ähnliche Richtung, jedoch weniger konkret, argumentiert Walter Korpi (1983: 41). Er erwartet einen stärkeren Ausgabeneffekt von linken Parteien, wenn deren Regierungsbeteiligung stabil und von langer Dauer ist. Ist sie hingegen nur unregelmäßig oder sporadisch, hat die Regierungsbeteiligung linker Parteien weniger konkrete Folgen für die Regierungspolitik.

Dieser Zusammenhang kann mit Hilfe der Veto-Spieler-Theorie nach George Tsebelis (2002) formalisiert werden. So schreibt Tsebelis, dass die Fähigkeit von politischen Akteuren den Status quo zu verändern, in einem negativen Zusammenhang zum Grad der Unabhängigkeit der Bürokratie steht. Die Bürokratie interpretiert die Gesetzgebung entsprechend ihren Ansichten und Interessen, während sie gleichzeitig versucht die Wahrscheinlichkeit zu minimieren, von politischen Akteuren überstimmt zu werden (Tsebelis 2002: 222). Je unabhängiger die Bürokratie, desto stärker wird sie Einfluss auf die Staatstätigkeit nehmen. Deshalb setzt eine Umsetzung der Regierungspolitik voraus, dass die Bürokratie kooperiert. Ich argumentiere, dass mit der Zunahme der Amtszeit einer Regierung deren Einfluss auf die Bürokratie steigt. Dies kann über mehrere Mechanismen erfolgen. So erhält die Regierung im Verlauf der Zeit immer wieder die Möglichkeit, einzelne Positionen an zentralen Stellen innerhalb der Bürokratie neu zu besetzen. Damit sollte mit zunehmender Amtszeit einer Regierung der Einfluss regierungstreuer Bürokraten zunehmen, während gleichzeitig von der Konkurrenzpartei errichtete Machtbastionen abgebaut werden können (M. Schmidt 1991: 196).

Alternativ kann man den Einfluss der Amtszeit einer Regierung damit begründen, dass Parteeffekte nur zum Tragen kommen, wenn eine Regierung genügend Zeit hat, ihre Politik umzusetzen (Blais et al. 1993: 55-56; 1996). Wird sie nach wenigen Jahren bereits wieder abgewählt, ist es für die Nachfolgeregierung ein Leichtes, die Maßnahmen der Vorgängerin rückgängig zu machen. Nicht widerrufbar sind jedoch Entscheide und Politiken, die bereits seit mehreren Jahren in Kraft sind und sich institutionalisiert haben.

5 Beispiel: Eine 1992 geformte und 1996 wiedergewählte Regierung weist im Jahr 2000 neun Amtsjahre auf.

3. Modellspezifikation und Datenquellen

Die Beschränkung des Untersuchungszeitraums auf die Jahre 1980 bis 2000 ist durch zwei Faktoren begründet. Die Kritiker der Parteidifferenzthese verneinen nicht ihre grundsätzliche Erklärungskraft, sondern betonen Entwicklungen, die dazu führten, dass die Parteidifferenzthese in den letzten zwei bis drei Dekaden an Erklärungskraft einbüßte. Die Thesen von Pierson (1996), die Thesen zur zunehmenden Weltmarktintegration (Garrett 1998) oder zum Ideologiewandel der Sozialdemokratie (z.B. Bonoli/Powell 2004) lassen alle vermuten, dass gerade im Zeitraum 1980 bis 2000 *kein* Effekt der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung auf die Entwicklung der Staats- und Sozialausgaben zu erwarten sei. Nicht zuletzt erfolgt die Beschränkung auf den Untersuchungszeitraum 1980 bis 2000 aus praktischen Gründen. Nach meinem Kenntnisstand existiert keine in sich konsistente Zeitreihe für die Sozialausgaben, die, ausgehend von 2000 oder später, weiter als 1980 zurückreicht.

Um die in Abschnitt 2 formulierten Thesen zu testen, werden im nachfolgenden Abschnitt kombinierte Quer- und Längsschnittsregressionen berechnet. Diese Methode hat eine starke Erhöhung der Fallzahl zur Folge, was notwendig ist, damit Interaktionseffekte berechnet werden können. Ich verwende ein Constant Coefficients Model. Das bedeutet, dass ein einzelner Koeffizient den ganzen Erklärungsbeitrag einer Variable über Zeit und Raum hinweg repräsentiert (Kittel 1999: 227). Damit lassen sich die Resultate der statistischen Analyse einfacher interpretieren.⁶ Die Schätzungen werden mit Hilfe von OLS-Regressionen durchgeführt. Den verletzten Modellannahmen (serielle Autokorrelation, Autokorrelation im Querschnitt und Heteroskedastizität; ausführlicher hierzu Kittel 1999) wird mit der Anwendung der Panel Corrected Standard Errors nach Beck und Katz (1995) begegnet. Für das Problem der seriellen Autokorrelation wird eine Prais-Winsten-Transformation mit Hilfe eines autoregressiven Terms erster Ordnung vorgenommen. Als abhängige Variable werden die *jährlichen Veränderungen*, das heißt die Prozentpunktdifferenz zum Vorjahr, verwendet, denn es ist davon auszugehen, dass „kurzfristig ein großer Teil der Staatsausgaben mehr oder weniger automatisch realisiert wird, unabhängig von den aktuellen budgetpolitischen Entscheidungen“ (Cusack/Fuchs 2003: 343).⁷ Entsprechend ist nicht zu erwarten, dass Regierungen die absolute Höhe der Staatsausgaben kurzfristig bedeutend beeinflussen können. Vielmehr ist ein Effekt auf die Veränderungsrate der Staatsausgaben zu erwarten (Kohl 1985: 281). Dies wird auch dadurch bestätigt, dass die Staats- bzw. Sozialausgaben am Anfang und am Ende des beobachteten Zeitraums stark positiv miteinander korreliert sind (Kittel/Obinger 2003: 29).

6 In Abschnitt 4.1 werden die Annahmen des Constant Coefficient Models gelockert, indem der Zeitraum in kürzere Perioden unterteilt wird.

7 Aggregierte Ausgabenindikatoren werden in der Literatur sehr kritisch beurteilt (vgl. Allan/Sruggs 2004: 497-498; De Deken/Kittel 2005), von anderen Autoren aber auch als sinnvolle Proxies für Sozialstaatstätigkeit verteidigt (insbesondere Castles 2001; 2005). Gegenwärtig existieren keine öffentlich zugänglichen Indikatoren, die den gesamten staatlichen und sozialstaatlichen Output besser messen. Ich verwende deshalb in dieser Arbeit weiterhin die Staats- und Sozialstaatsquote. Die Resultate sollten jedoch mit Vorsicht interpretiert werden.

Aber auch aus statistischen Gründen spricht einiges für eine Analyse der ersten Differenzen. Insbesondere das Problem der Nichtstationarität der abhängigen Variablen kann bei einer Modellspezifikation mit der Höhe der Ausgaben als abhängige Variable große Verzerrungen verursachen (Kittel/Winner 2002: 23). Die Verwendung der jährlichen Veränderungen als abhängige Variable hat jedoch zur Folge, dass nur noch kurzfristige Effekte gemessen werden können (Obinger/Kittel 2003: 369-370). Diese Operationalisierung ist insofern für die dieser Untersuchung zugrunde liegende Fragestellung günstig, als beide Hypothesen bezüglich der Interaktionseffekte auf kurzfristige Einflüsse fokussieren.⁸

Die parteipolitischen Kräfteverhältnisse werden mit Hilfe der Zusammensetzung der Regierung gemessen. Dahinter steckt die Überlegung, dass sich Wählerstimmen bzw. Parlamentssitze nicht direkt in politische Macht umsetzen lassen. Letztlich ist es die Regierung (und mit ihr meist die parlamentarische Mehrheit), welche den direktesten Einfluss auf die Budgetentscheidungen hat (Kohl 1985: 279-280; Lange/Garrett 1985: 810). Die Parteivariablen beschreiben den prozentualen Anteil der Regierungssitze, die durch die Parteien der jeweiligen Parteifamilie besetzt werden. Die Daten für die Parteivariablen und die Interaktionsterme wurden aus dem Comparative Political Data Set 1960-2002 von Armingeon et al. (2004) bezogen. Die institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht wurden mit Hilfe des Index von Schmidt (1996) operationalisiert. Dieser Index geht von 0 bis 5 und ist über den ganzen Zeitraum konstant. Die Variable „Amtsjahre der Regierung“ wurde mit Hilfe der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung operationalisiert. Diese Variable spiegelt die Anzahl Jahre zum Zeitpunkt t wider, die diese Regierung bereits im Amt ist. Sowohl die Parteizusammensetzung der Regierung als auch die Variablen „Institutionelle Beschränkungen der Zentrumsmacht“ und „Amtsjahre der Regierung“ werden in z -standardisierter Form in die Regressionen aufgenommen.⁹

Die Daten für die abhängigen Variablen wurden dem OECD Economic Outlook No. 75 (2004a) sowie der OECD Social Expenditure Database (2004b) entnommen.¹⁰ Die Länderauswahl ist durch das Datenset von Armingeon et al. (2004)

8 Für eine analoge Operationalisierung des Interaktionseffekts zwischen parteipolitischer Zusammensetzung einer Regierung und den institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht siehe Kittel/Obinger (2003).

9 Von jeder Ausprägung der Variable wird der Mittelwert subtrahiert. Anschließend wird dieser Wert durch den Standardfehler dividiert. Die neuen Ausprägungen der Variable sind infolgedessen mit Mittelwert 0 und Standardfehler 1 verteilt.

10 Änderungen wurden im Fall der Schweiz vorgenommen. Bereits ein oberflächlicher Vergleich der Staats- und Sozialausgaben offenbart, dass hier Vergleichsprobleme bestehen. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Quoten haben ihren Ursprung in der Klassifikation der Sozialausgaben der Schweiz. So berücksichtigt die Staatsquote der OECD lediglich die Alters- und Hinterlassenenversicherung, die Invalidenversicherung, die Erwerbsersatzordnung, die Arbeitslosenversicherung sowie die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Chardonnens/Saurer 2002: 23). Für die Sozialstaatsquote berücksichtigt die OECD hingegen seit 1990 weitere Sozialversicherungszweige (Bonoli/Kato 2004: 214). Insbesondere die Nicht-Berücksichtigung der Krankenversicherung und der beruflichen Vorsorge (2. Säule der Altersvorsorge) erklärt den Großteil der Differenz. Die Inklusion ist insofern geboten, als die berufliche Vorsorge seit 1985 für die Mehrheit der Arbeitnehmer und die Krankenversicherung seit 1995 schweizweit obligatorisch ist. Außerdem be-

bedingt. Ausgeschlossen wurden Island und Luxemburg (Bevölkerung kleiner als eine Million) sowie Neuseeland (Staats- und Sozialausgaben) bzw. Norwegen und Österreich (Sozialausgaben) aufgrund von Lücken in den Datenreihen. Damit setzt sich das Sample aus folgenden Ländern zusammen (N=18): Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien und den USA.

Als Kontrollvariablen werden vier sozioökonomische Größen verwendet. Neben den Veränderungen der Arbeitslosenquote, der Seniorenquote und dem Anteil der Importe und Exporte am Bruttoinlandprodukt als Push-Faktoren wird das Wirtschaftswachstum als Index für unvorhergesehene Konjunkturschwankungen in Anlehnung an Roubini und Sachs (1989) als Kontrollvariable integriert. Der Index für unvorhergesehene Konjunkturschwankungen wird als durchschnittliche Wachstumsrate der vergangenen drei Jahre abzüglich der aktuellen Wachstumsrate berechnet. Die durchschnittliche Wachstumsrate wird dabei als Prognose für die aktuelle Wachstumsrate betrachtet. Ein negativer Wert des Indikators bedeutet, dass das aktuelle Wirtschaftswachstum höher als erwartet ist. Da ich davon ausgehe, dass ein hohes Wirtschaftswachstum *ceteris paribus* zu einer Senkung der Staatsquote führt, erwarte ich für die konjunkturellen Schwankungen ein positives Vorzeichen. Schließlich wird die Staatsquote bzw. die Sozialstaatsquote des Vorjahres in das Modell integriert. Dies dient der Analyse von Sättigungseffekten. Entsprechend wird ein negativer Zusammenhang erwartet. Für eine Beschreibung der Quellen vergleiche Tabelle A.1 im Anhang (siehe Seiten 97/98).¹¹

4. Empirische Ergebnisse

Tabellen 1 und 2 (Seiten 89/90) geben die Resultate der kombinierten Quer- und Längsschnittsregression für die beiden abhängigen Variablen Staats- (Modelle 1 bis 3) und Sozialausgaben (Modelle 4 bis 6) wieder. In Modell 1 werden keine Interaktionseffekte berücksichtigt. Die Koeffizienten für die Variablen „Kabinettsitzanteil Linksparteien“ und „Kabinettsitzanteil Mitteparteien“ sind nicht signifikant von null verschieden. Die Kontrollvariablen zeigen in die erwartete Richtung oder sind nicht signifikant. Die Zeit- und Länderdummies steuern einen signifikanten Erklärungsbeitrag bei und müssen deshalb ins Modell integriert werden. Das hat wichtige Folgen für die Integration der Variablen „Institutionelle Beschränkungen der Zentrums-

standen bereits vorher auf freiwilliger Basis ausgeprägte Sozialversicherungssysteme in diesen Bereichen (Armingeon 2001: 146-147). Da bei den anderen Ländern in der Regel alle Sozialversicherungszweige integriert werden, wird aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit für diese Analyse die Staatsquote der Eidgenössischen Finanzverwaltung um die Ausgaben für die übrigen Sozialversicherungszweige angepasst (vgl. Kriesi 1999). Damit basieren die Staats- und Sozialstaatsquote der Schweiz auf einer analogen Klassifikation. Um ähnliche Probleme bei anderen Ländern auszuschließen, werden die Resultate in einer Sensitivitätsanalyse einer Jackknife-Prozedur unterzogen.

11 Kein Korrelationskoeffizient zwischen zwei unabhängigen Variablen übersteigt den Wert von $r = \pm 0.60$. Ich gehe deshalb davon aus, dass kein schwerwiegendes Multikollinearitätsproblem vorliegt.

macht“. Da diese Variable zeitinvariant ist, kann sie nicht mehr in der ursprünglichen Form ins Modell integriert werden, sondern muss in Dummy-Variablen transformiert werden. Ich definiere je eine Dummy-Variable „wenige Veto-Punkte“ (Ausprägungen 0 und 1) und „viele Veto-Punkte“ (Ausprägungen 4 und 5). Die Ausprägungen 2 und 3 dieser von Manfred G. Schmidt (1996) entwickelten Variable bilden die Referenzkategorie. Modell 2 in Tabelle 1 gibt die Resultate für die Veränderung der Staatsausgaben wieder. Einzig die Interaktion zwischen der Variable „Kabinettsitzanteil Linksparteien“ und „viele Veto-Punkte“ zeigt den erwarteten Effekt und ist signifikant von null verschieden. Der positive Effekt linker Regierungsbeteiligung ist bei vielen institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht signifikant kleiner als bei mittleren oder wenigen institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht.

Ein analoges Bild zeigt sich bei den Sozialausgaben. Modell 4 in Tabelle 2 gibt die Ergebnisse der Regression ohne Interaktionsvariablen wieder. Beide Parteivariablen sind nicht signifikant von null verschieden. Die Kontrollvariablen entsprechen den Erwartungen oder sind nicht signifikant. Auch bei den Sozialausgaben müssen die Länder- und Zeitdummies in die Modelle integriert werden. Entsprechend wird wieder auf die transformierte Variable für die institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht zurückgegriffen. Modell 5 gibt die Resultate wieder. Obwohl alle Interaktions- und Parteivariablen in die erwartete Richtung zeigen, ist keiner der Koeffizienten signifikant von null verschieden.¹² Die Hypothese, dass der Einfluss der Parteivariablen beim Vorliegen von wenigen institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht steigt, findet in diesem Modell keine Bestätigung.

Die Modelle 3 (Tabelle 1) und 6 (Tabelle 2) geben schließlich die Resultate der Regressionen unter Berücksichtigung der Variable „Amtsjahre einer Regierung“ wieder. Die Interaktionsterme können jedoch nicht direkt interpretiert, sondern müssen erst in bedingte Effekte umgerechnet werden. So berechnet sich gemäß Franzese et al. (2001) der bedingte Effekt ausgehend von der einfachen Regressionsgleichung¹³...

$$Y = \alpha + \beta_1 * X + \beta_2 * Z + \beta_3 * X * Z + \epsilon$$

als...

$$(\delta Y / \delta X \mid Z) = b_x + b_{xz} * Z$$

und die Standardabweichung als...

$$\text{s.e.}(\delta Y / \delta X \mid Z) = [\text{Var}(b_x) + \text{Var}(b_{xz}) * Z^2 + 2 * \text{Cov}(b_x, b_{xz}) * Z]^{0.5}.$$

12 In diesem Modell erweisen sich die Länderdummies als nicht signifikant von null verschieden. Eine Vernachlässigung dieser Variablen führt aber zu keiner wesentlichen Veränderung der Resultate.

13 Die „b“ geben die geschätzten Werte für die Koeffizienten „β“ wieder. Die Berechnungen wurden mit MS Excel durchgeführt.

Tabelle 1: Determinanten der Entwicklung der Staatsausgaben (1980-2000)

<i>Abhängige Variable:</i>	Veränderung der Staatsausgaben (in % des BIP)		
	(1)	(2)	(3)
<i>Unabhängige Variablen:</i>			
Ausgaben $t-1$	-0.06 ** (0.02)	-0.06 ** (0.02)	-0.08 *** (0.03)
Kabinettsitzanteil Linksparteien $t-1$	0.02 (0.10)	0.11 (0.13)	0.12 (0.11)
Kabinettsitzanteil Mitteparteien $t-1$	0.11 (0.09)	0.06 (0.12)	0.33 *** (0.10)
Linksparteien x wenige Veto-Punkte	-	-0.04 (0.22)	-
Mitteparteien x wenige Veto-Punkte	-	0.55 (0.41)	-
Linksparteien x viele Veto-Punkte	-	-0.76 ** (0.28)	-
Mitteparteien x viele Veto-Punkte	-	-0.11 (0.16)	-
Amtsahre einer Regierung $t-1$	-	-	0.34 ** (0.11)
Linksparteien x Amtsjahre	-	-	0.33 * (0.13)
Mitteparteien x Amtsjahre	-	-	0.51 *** (0.12)
Unvorhergesehene Konjunkturschwankungen	0.23 *** (0.05)	0.23 *** (0.05)	0.21 *** (0.05)
Veränderung der Arbeitslosenrate	0.36 *** (0.09)	0.36 *** (0.09)	0.37 *** (0.09)
Veränderung der Seniorenquote	-0.48 (0.26)	-0.46 (0.25)	-0.51 * (0.23)
Veränderung der Exporte und Importe (% BIP)	-0.02 (0.02)	-0.03 (0.02)	-0.01 (0.02)
Konstante	3.05 *** (0.79)	2.53 ** (0.81)	4.36 *** (0.90)
R ²	0.52	0.53	0.56
N	419	419	400
rho	0.20	0.19	0.19
F(Länderdummies)	84.3 ***	73.8 ***	110.7 ***
F(Zeitdummies)	480.9 ***	500.4 ***	17501 ***
F(Länder- und Zeitdummies)	742.2 ***	807.8 ***	150000 ***

Bemerkungen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$. Standardfehler in Klammern. Eine Nicht-Berücksichtigung der Länderdummies verändert die Resultate nicht wesentlich.

Quellen: siehe Anhang

Tabelle 2: Determinanten der Entwicklung der Sozialausgaben (1980-2000)

<i>Abhängige Variable:</i>	Veränderung der Sozialausgaben (in % des BIP)		
	(4)	(5)	(6)
<i>Unabhängige Variablen:</i>			
Ausgaben $t-1$	-0.06 (0.03)	-0.07 (0.04)	-0.05 (0.03)
Kabinettsitzanteil Linksparteien $t-1$	0.04 (0.05)	0.06 (0.09)	0.12 * (0.06)
Kabinettsitzanteil Mitteparteien $t-1$	0.11 (0.06)	0.10 (0.08)	0.19 ** (0.06)
Linksparteien x wenige Veto-Punkte	-	0.02 (0.13)	-
Mitteparteien x wenige Veto-Punkte	-	0.28 (0.29)	-
Linksparteien x viele Veto-Punkte	-	-0.11 (0.21)	-
Mitteparteien x viele Veto-Punkte	-	-0.05 (0.09)	-
Amtsahre einer Regierung $t-1$	-	-	0.22 ** (0.08)
Linksparteien x Amtsjahre	-	-	0.19 * (0.08)
Mitteparteien x Amtsjahre	-	-	0.20 ** (0.08)
Unvorhergesehene Konjunkturschwankungen	0.10 *** (0.03)	0.10 *** (0.03)	0.10 *** (0.03)
Veränderung der Arbeitslosenrate	0.22 *** (0.06)	0.21 *** (0.06)	0.20 *** (0.06)
Veränderung der Seniorenquote	-0.25 (0.15)	-0.25 (0.15)	-0.24 (0.16)
Veränderung der Exporte und Importe (% BIP)	-0.02 (0.01)	-0.02 (0.01)	-0.02 (0.01)
Konstante	1.78 *** (0.45)	1.82 *** (0.49)	1.80 *** (0.43)
R ²	0.51	0.51	0.52
N	360	360	360
rho	0.20	0.20	0.18
F(Länderdummies)	65.1 ***	26.6	58.5 ***
F(Zeitdummies)	2908 ***	6667 ***	13940 ***
F(Länder- und Zeitdummies)	20199 ***	150000 ***	52099 ***

Bemerkungen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$. Standardfehler in Klammern. Eine Nicht-Berücksichtigung der Länderdummies verändert die Resultate nicht wesentlich.

Quellen: siehe Anhang

Tabelle 3: Interaktionseffekte: Parteivariablen und Amtsjahre einer Regierung

		Staatsausgaben		Sozialausgaben	
		Koeffizient	t-Wert	Koeffizient	t-Wert
Linksparteien	Niedrig	-0.207	-1.55	-0.072	-0.99
	Mittel	0.123	1.14	0.120 *	2.11
	Hoch	0.453 *	2.30	0.312 **	2.72
Mitteparteien	Niedrig	-0.179	-1.46	-0.013	-0.17
	Mittel	0.332 ***	3.51	0.192 **	3.05
	Hoch	0.844 ***	4.81	0.400 ***	3.37

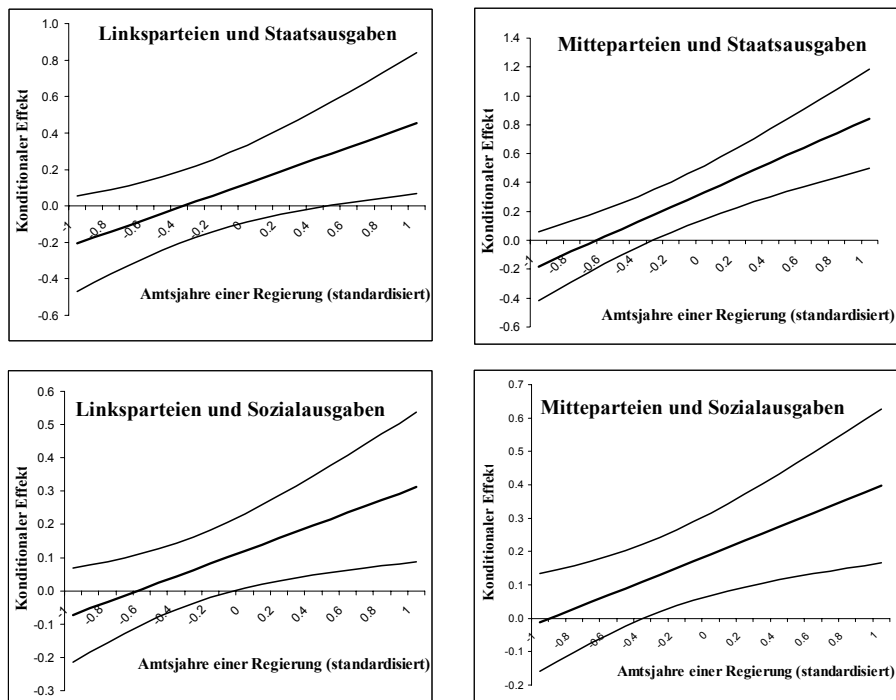
Bemerkungen: *** $p < 0.001$, ** $p < 0.01$, * $p < 0.05$.

Quellen: siehe Anhang

Tabelle 3 gibt die bedingten Koeffizienten der beiden Parteivariablen für die zwei abhängigen Variablen in je drei Ausprägungen wieder: bei einer niedrigen (Mittelwert minus eine Standardabweichung), einer mittleren (Mittelwert) und einer hohen Amtsdauer einer Regierung (Mittelwert plus eine Standardabweichung). Die Tabelle kann wie folgt gelesen werden: Der Koeffizient der Variablen für den Einfluss der Kabinettsitzanteile von Linksparteien auf die Staatsausgaben beläuft sich bei wenigen Amtsjahren einer Regierung auf -0.207. Das bedeutet, dass der Kabinettsitzanteil linker Parteien bei wenigen Amtsjahren einen negativen Effekt auf die Höhe der Staatsausgaben hat. Dieser Wert ist jedoch nicht signifikant von null verschieden. Demgegenüber beläuft sich bei einer hohen Anzahl von Amtsjahren der Koeffizient auf 0.453. Das bedeutet, dass der Kabinettsitzanteil linker Parteien bei vielen Amtsjahren einen positiven Effekt auf die Höhe der Staatsausgaben hat. Dieser Koeffizient ist signifikant von null verschieden. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass der positive Effekt linker Regierungsbeteiligung auf die Staatsausgabenentwicklung mit der Anzahl Amtsjahre immer stärker wird.

Der gleiche Zusammenhang kann bei den anderen drei Interaktionen beobachtet werden. Der positive Effekt der Regierungsbeteiligung von Links- und Mitteparteien auf die Entwicklung der Staats- und Sozialausgaben wird in allen vier Fällen stärker, je länger die Partei bereits an der Regierung beteiligt ist. Abbildung 1 (Seite 92) veranschaulicht diesen Zusammenhang noch einmal. In allen vier Fällen lässt sich eine deutliche positive Beziehung zwischen den Amtsjahren einer Regierung und dem konditionalen Effekt der Regierungsbeteiligung von Mitte- und Linksparteien beobachten. Die beiden Kurven entsprechen der Entwicklung der Grenzen der 95 %-Konfidenzintervalle. Ein signifikanter Zusammenhang liegt dann vor, wenn sich beide (Grenz-)Kurven über bzw. unter der Abszisse befinden. Ab einer gewissen Amtsdauer ist dieser Zusammenhang in allen vier Fällen signifikant von null verschieden. Einzig bei den Staatsausgaben und dem konditionalen Effekt der Linksparteien erweist sich die Beziehung erst nach dem Mittelwert der Variable für die Amtsjahre einer Regierung als signifikant von null verschieden. Bei den anderen drei Fällen tritt die Signifikanz deutlich vor dem Mittelwert der konditionierenden Variable ein.

Abbildung 1: Bedingte Effekte der Parteivariablen auf die Staats- und Sozialausgaben



Quellen: siehe Anhang

4.1 Sensitivitätsanalyse

In einem nächsten Schritt sollen nun die Resultate einer Sensitivitäts- und Robustheitsanalyse unterzogen werden. Um die Robustheit der Resultate zu überprüfen, werden drei gängige Verfahren gewählt: (1) Eine alternative Operationalisierung der Interaktionsvariable wird verwendet. (2) Das Panel wird in Perioden unterteilt. (3) Schließlich wird eine Jackknife-Prozedur durchgeführt.

4.1.1 Interaktionseffekt: Institutionelle Beschränkungen der Zentrumsmacht¹⁴

Die institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht werden alternativ mit dem Index der konstitutionellen Strukturen (Huber et al. 1993; erweitert von Schmidt 1996; nachfolgend als Huber-Index bezeichnet), dem Index der institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht von Colomer (1995; nachfolgend als Colomer-

14 Aus Platzgründen werden hier die Regressionsmodelle nur punktuell tabellarisch wiedergegeben. Der Datensatz sowie die do- und log-files werden aber vom Autor auf Nachfrage weitergegeben.

Index bezeichnet) sowie einem von mir selber berechneten Index auf der Basis der Indizes für Föderalismus und Bikameralismus von Lijphart (1999; nachfolgend als Lijphart-Index bezeichnet)¹⁵ operationalisiert. Bei der abhängigen Variable „Veränderung der Staatsausgaben“ wird der in Modell 2 (Tabelle 1) beobachtete Interaktionseffekt zwischen linker Regierungsbeteiligung und institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht (gemessen mit dem Index von Schmidt 1996) nur dann gefunden, wenn der Index der konstitutionellen Strukturen von Huber et al. (1993) verwendet wird. Bei den Indizes von Colomer (1995) und Lijphart (1999) erweist sich auch dieser Effekt als nicht signifikant von null verschieden. Bei der abhängigen Variable „Veränderung der Sozialausgaben“ konnte in Modell 5 (Tabelle 2) kein signifikanter Effekt beobachtet werden. Dies bestätigt sich auch bei den alternativen Operationalisierungen. Auch hier ist kein Koeffizient der Interaktionsvariablen signifikant von null verschieden.

Eine Unterteilung der Modelle in die Perioden 1980-1990 und 1991-2000 bringt interessante Entwicklungen zu Tage. Bei der abhängigen Variable „Veränderung der Staatsausgaben“ kann in der Periode 1980-1990 für beide Partiefamilien ein signifikanter Interaktionseffekt bei einer hohen Anzahl von Veto-Punkten beobachtet werden. Dies entspricht der Hypothese, dass der Parteieinfluss bei vielen institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht geringer wird. In der Periode 1991-2000 verschwinden jedoch beide Effekte. Der Interaktionseffekt zwischen Mitteparteien und Veto-Punkten wird sogar – entgegen der Hypothese – signifikant positiv. Der in den Hypothesen vermutete Interaktionseffekt lässt sich also nur für die 1980er Jahre beobachten. Bei der abhängigen Variable „Veränderung der Sozialausgaben“ kann weder über den ganzen Zeitraum, noch über die beiden Subperioden ein hypothesenkonformer konditionaler Effekt der Parteivariablen beobachtet werden. Hier müssen die entsprechenden Hypothesen abgelehnt werden.

Mit Hilfe einer Jackknife-Prozedur soll nun untersucht werden, ob der in Modell 2 (Tabelle 1, Seite 89) beobachtete konditionale Effekt der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung auf die Veränderung der Staatsausgaben robust ist. Es zeigt sich, dass dieser Konditionaleffekt auf die Inklusion der Länder Deutschland, Großbritannien, Schweiz und USA empfindlich reagiert. Wird einer dieser Fälle ausgeschlossen, wird der konditionale Effekt insignifikant. Ich schließe daraus, dass auch dieser Effekt nicht robust ist und lehne die Hypothese entsprechend ab.

4.1.2 Interaktionseffekt: Amtsjahre einer Regierung

Die Amtsjahre einer Regierung wurden alternativ mit der Kabinettszusammensetzung nach Manfred G. Schmidt operationalisiert. Schmidt klassifiziert die Kabinette in fünf Gruppen: (1) Hegemonie von rechten Parteien, (2) Dominanz von rechten Parteien, (3) Patt zwischen linken und rechten Parteien, (4) Dominanz von sozialdemokratischen und linken Parteien, (5) Hegemonie von sozialdemokratischen und linken Parteien. Ein Wechsel in diesem Index wurde als Anzeichen für eine neue Regierung genommen. Anschließend wurden wieder die Amtsjahre der Regierung gezählt. Die-

15 Kittel/Obinger (2003: 30) argumentieren, dass einzelne Aspekte der gemeinhin verwendeten Indikatoren für sozialpolitische Fragen irrelevant sind. Sie entwickeln darum auf der Basis der Daten von Lijphart (1999) einen Indikator, der sich aus den zwei Dimensionen „Föderalismus“ und „Bikameralismus“ zusammensetzt.

ser Wert wurde anschließend mit der ideologischen Distanz gewichtet. Die ideologische Distanz leitet sich ebenfalls aus dem Indikator von Schmidt ab und entspricht der Differenz in der Klassifizierung der neuen und der alten Regierung. Aus der GewichtungsvARIABLE wurde schließlich die t-te Wurzel gezogen. „t“ entspricht dabei der Anzahl Jahre, die eine Regierung bereits im Amt ist. Damit soll der abnehmende Einfluss der alten Regierung auf die Bürokratie modelliert werden.¹⁶ In Tabelle 3 (Seite 91) konnte viermal ein hypothesenkonformer Interaktionseffekt beobachtet werden. Je länger eine Regierung sich bereits im Amt befindet, desto größer wird ihr (kurzfristiger) Effekt auf die Höhe der Staats- und Sozialausgaben. Am schwächsten ist dieser Effekt bei den Staatsausgaben und Linksparteien. Wie aus Tabelle 4 (gegenüber) entnommen werden kann, bleiben die Zusammenhänge auch bei der alternativen Operationalisierung weitgehend bestehen. Einzig der konditionale Effekt der Linksparteien auf die Entwicklung der Staatsausgaben ist nicht mehr signifikant von null verschieden; die Richtung der Koeffizienten ist aber hypothesenkonform.

Als nächster Schritt wird nun das Sample in die zwei Perioden 1980 bis 1990 und 1991 bis 2000 unterteilt. Wie Tabelle 5 (gegenüber) zeigt, bleiben alle Koeffizienten hypothesenkonform. Der schwache konditionale Effekt der Linksparteien auf die Entwicklung der Staatsausgaben ist in den 1990er Jahren signifikant von null verschieden, während ein solcher Effekt in den 1980er Jahren nicht beobachtet werden kann. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim konditionalen Effekt der Mitteparteien auf die Entwicklung der Sozialausgaben. Hier kann ein signifikanter Effekt nur in den 1980er Jahren beobachtet werden, während dieser in den 1990er Jahren verschwindet.

Eine Jackknife-Prozedur soll nun weiter darüber Aufschluss geben, ob der Zusammenhang von einzelnen Fällen getragen wird. Da es sich hier um Interaktionseffekte handelt, können die Koeffizienten und deren Signifikanz nicht direkt interpretiert werden. Deshalb wird hier nur die Richtung des Zusammenhangs untersucht. Eine Analyse der Koeffizienten zeigt, dass der Ausschluss eines Landes aus dem Sample nie zur Folge hat, dass sich die Richtung des Zusammenhangs ändert. Dies gilt für die Staats- als auch die Sozialausgaben. Die Resultate erweisen sich damit als sehr robust. Ein besonderes Augenmerk wird schließlich auf den Fall Schweiz gelegt. Im untersuchten Zeitraum fand in der Schweiz kein einziger Regierungswechsel statt. Dies hat zur Folge, dass der Wert der Variable „Amtsjahre einer Regierung“ im Fall der Schweiz weit über dem Durchschnitt liegt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob der beobachtete Zusammenhang nicht Resultat der Inklusion dieses Ausreißers ist. Doch auch der Ausschluss der Schweiz beeinflusst die Resultate kaum. In allen vier Fällen lässt sich der erwartete konditionale Effekt beobachten.¹⁷

16 Änderungen in der Zusammensetzung einer Regierung finden in der Regel nicht am Jahreswechsel statt. Das kann dazu führen, dass der Jahreswert für die Kabinettszusammensetzung in einem Wahljahr die alte und neue Regierung berücksichtigt. Das kann zur Folge haben, dass im nachfolgenden Jahr noch einmal ein Wechsel der Ausprägung des Index von Schmidt erfolgt. Ist dieser Wechsel gleich eins, wird er ignoriert, da die GewichtungsvARIABLE per Definition größer oder gleich eins ist.

17 Inwiefern sich die Resultate der vorliegenden Untersuchung auf die Schweiz anwenden lassen, ist eine andere Frage. Das schweizerische politische System erschwert das vollständige Austauschen von Regierungen. Damit erhalten möglicherweise aber auch die Amtsjahre einer Regierung eine andere Bedeutung.

Tabelle 4: Interaktionseffekte: Parteivariablen und Amtsjahre einer Regierung (alternative Operationalisierung)

		Staatsausgaben		Sozialausgaben	
		Koeffizient	t-Wert	Koeffizient	t-Wert
Linksparteien	Niedrig	-0.120	-0.78	-0.074	-0.88
	Mittel	0.063	0.54	0.115	1.80
	Hoch	0.246	0.97	0.303 *	2.03
Mitteparteien	Niedrig	-0.072	-0.57	0.026	0.37
	Mittel	0.252 **	2.62	0.163 **	2.59
	Hoch	0.576 **	3.28	0.299 **	2.66

Bemerkungen: *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05.

Quelle: siehe Anhang

Tabelle 5: Interaktionseffekte: Parteivariablen und Amtsjahre einer Regierung (in zwei Perioden unterteilt)

			Staatsausgaben		Sozialausgaben	
			Koeffizient	t-Wert	Koeffizient	t-Wert
1980-1990	Links- parteien	Niedrig	-0.154	-0.67	-0.135	-0.96
		Mittel	0.336	1.43	0.377 **	3.17
		Hoch	0.826	1.62	0.889 **	3.25
	Mitte- parteien	Niedrig	-0.425	-1.72	-0.004	-0.03
		Mittel	0.634 **	2.73	0.341 *	2.38
		Hoch	1.693 **	3.13	0.686	1.93
1991-2000	Links- parteien	Niedrig	-0.417 *	2.50	-0.105	-1.19
		Mittel	0.150	1.43	0.095	1.27
		Hoch	0.717 **	3.27	0.294 *	1.96
	Mitte- parteien	Niedrig	-0.240	-1.60	-0.172	1.54
		Mittel	0.266 *	2.29	0.047	0.59
		Hoch	0.772 ***	3.69	0.266	1.82

Bemerkungen: *** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05.

Quelle: siehe Anhang

5. Schlussfolgerungen

Die Frage nach dem Einfluss der parteipolitischen Kräfteverhältnisse auf die Entwicklung der Staatsausgaben steht schon seit vielen Jahren im Zentrum der politikwissenschaftlichen Diskussion. Mit der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft und den Finanzengpässen der Nationalstaaten gewinnt die Frage in den letzten Jahren wieder an Bedeutung. Sowohl für als auch gegen einen parteipolitischen Effekt konnte empirische Evidenz gefunden werden (Huber/Stephens 2001; Siegel 2001). Dieser Beitrag versucht im Anschluss an die Debatte eine mögliche Auflösung für dieses Paradoxon zu finden. Dabei wird gefragt, ob der Parteeffekt in Abhängig-

keit von politischen Opportunitätsstrukturen zu beobachten sei. Zwei solche Opportunitätsstrukturen werden explizit modelliert: (1) Institutionelle Beschränkungen der Zentrumsmacht und (2) Amtsjahre einer Regierung. Auf der Basis der theoretischen Diskussion werden die Hypothesen formuliert, dass der Effekt der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung mit der Anzahl der institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht fällt und mit der Anzahl der Amtsjahre steigt. Diese Hypothesen werden damit begründet, dass wenige institutionelle Beschränkungen einerseits und zahlreiche Amtsjahre andererseits den Handlungsspielraum einer Regierung erhöhen.

Die Interaktionshypothese zu den institutionellen Beschränkungen der Zentrumsmacht wird in der empirischen Analyse nicht bestätigt. Einzig ein negativer Effekt vieler institutioneller Veto-Punkte auf den Einfluss linker Regierungsbeteiligung auf die Entwicklung der Staatsausgaben kann beobachtet werden. Dieser Effekt erweist sich in der Sensitivitätsanalyse als wenig robust und kann – wenn überhaupt – nur für die 1980er Jahre beobachtet werden. Damit werden die Ergebnisse von Allan/Scruggs (2004: 509-511), die einen abnehmenden Effekt institutioneller Arrangements auf die Entwicklung der Sozialausgaben beobachten, und Kittel/Obinger (2003: 35), die nur einen sehr schwachen und meist nicht-signifikanten Effekt der institutionellen Beschränkung der Zentrumsmacht finden, bestätigt.

Unterstützung erfährt hingegen die Interaktionshypothese zu den Amtsjahren einer Regierung. Je länger sich eine Regierung bereits im Amt befindet, desto größer wird ihr (kurzfristiger) Einfluss auf die Entwicklung der Staats- und Sozialausgaben. Diese Ergebnisse erweisen sich auch in der Sensitivitätsanalyse als weitgehend robust. Einzig das Zusammenspiel zwischen linker Regierungsbeteiligung und der Entwicklung der Staatsausgaben ist nicht immer signifikant von null verschieden, obwohl auch dann t-Werte von rund 1.0 erreicht werden. Dies ist vor allem in den 1980er Jahren der Fall, während der Zusammenhang für die 1990er Jahre deutlich stärker ist. Damit zeigt der vorliegende Beitrag, dass die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung weiterhin die Entwicklung der Staats- und Sozialausgaben beeinflussen kann, wenn die Regierung nur genügend lange im Amt zu bleiben vermag.

Anhang

Tabelle A.1: Beschreibung und Quellen der verwendeten Variablen

Staatsausgaben	Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts. Quelle: OECD (2004a). Schweiz: eigene Berechnung auf der Basis des Statistischen Jahrbuchs der Schweiz (diverse Jahrgänge) und Angaben der Eidgenössischen Finanzverwaltung (Daten auf Anfrage per Email).
Sozialausgaben	Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts. Quelle: OECD (2004b).
Kabinettsitzanteile von Linksparteien	Regierungszusammensetzung: Linksparteien in Prozent aller Kabinettsitze, gewichtet nach Tagen. Quelle: Armingeon et al. (2004).
Kabinettsitzanteile von Mitteparteien	Regierungszusammensetzung: Mitteparteien in Prozent aller Kabinettsitze, gewichtet nach Tagen. Quelle: Armingeon et al. (2004).
Veto-Punkte-Index (Schmidt)	Veto-Punkte-Index nach Manfred G. Schmidt (1996). Die Ausprägungen 0-1 wurden als „wenige Veto-Punkte“, die Ausprägungen 4-5 als „viele Veto-Punkte“ kodiert. Quelle: Armingeon et al. (2004).
Veto-Punkte-Index (Colomer)	Veto-Punkte-Index nach Josep M. Colomer (1995). Die Ausprägungen 0-2 wurden als „wenige Veto-Punkte“, die Ausprägungen 5-7 als „viele Veto-Punkte“ kodiert. Quelle: Schmidt (1996).
Veto-Punkte (Huber)	Veto-Punkte-Index nach Evelyne Huber et al. (1993). Die Ausprägungen 0-2 wurden als „wenige Veto-Punkte“, die Ausprägungen 5-7 als „viele Veto-Punkte“ kodiert. Quelle: Schmidt (1996).
Veto-Punkte (Lijphart)	Veto-Punkte-Index auf der Basis der Daten von Lijphart (1999) und der Argumentation von Kittel/Obinger (2003). Summe aus Lijphartschen Indikatoren für Föderalismus und Bikameralismus. Die Ausprägungen unter 4 wurden als „wenige Veto-Punkte“, die Ausprägungen über 7 als „viele Veto-Punkte“ kodiert. Quelle: Armingeon et al. (2004).
Amtsahre der Regierung (standardisiert)	Standardisierte Anzahl Amtsjahre einer Regierung zu diesem bestimmten Zeitpunkt. Quelle: eigene Berechnung auf der Basis von Armingeon et al. (2004).
Amtsahre der Regierung (standardisiert) – alternative Operationalisierung	Eigene Berechnung auf der Basis eines Indikators von Manfred G. Schmidt. Schmidt klassifiziert die Kabinette in fünf Gruppen: (1) Hegemonie von rechten Parteien. (2) Dominanz von rechten Parteien. (3) Patt zwischen linken und rechten Parteien. (4) Dominanz von sozialdemokratischen und linken Parteien. (5) Hegemonie von sozialdemokratischen und linken Parteien. Ein Wechsel in diesem Index wurde als Anzeichen für eine neue Regierung genommen. Anschließend wurden wieder die Jahre gezählt, die eine Regierung im Amt verbringt. Dieser Wert wurde anschließend mit der ideologischen Distanz gewichtet. Die ideologische Distanz leitet sich ebenfalls aus dem Indikator von Schmidt ab und entspricht der Differenz in der Klassifizierung der neuen und der alten Regierung. Aus der GewichtungsvARIABLE wurde schließlich die t-te Wurzel gezogen. „t“ entspricht dabei

	der Anzahl Jahre, die eine Regierung bereits im Amt ist. Damit soll der abnehmende Einfluss der alten Regierung auf die Bürokratie modelliert werden. Die Regierungswechsel finden immer im Verlauf eines Jahres statt. Das kann dazu führen, dass der Jahreswert für die Kabinettszusammensetzung in einem Wahljahr die alte und neue Regierung berücksichtigt. Das kann zur Folge haben, dass im nachfolgenden Jahr noch einmal ein Wechsel der Ausprägung des Index von Schmidt erfolgt. War dieser Wechsel gleich eins, wurde er ignoriert, da die Gewichtungvariable per Definition größer oder gleich eins ist.
Unvorhergesehene Konjunkturschwankungen	Index für unvorhergesehene Konjunkturschwankungen in Anlehnung an Roubini und Sachs (1989): Die durchschnittliche Wachstumsrate der vergangenen drei Jahre abzüglich der aktuellen Wachstumsrate. Quelle: eigene Berechnung auf der Basis von Armingeon et al. (2004).
Veränderung der Arbeitslosenrate	Veränderung der Arbeitslosenrate gegenüber dem Vorjahr. Quelle: Armingeon et al. (2004).
Veränderung der Seniorenquote	Veränderung des Anteils der 65+-Jährigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65). Quelle: eigene Berechnung aus OECD (2004c) und OECD (2004d).
Veränderung der Exporte und Importe am BIP	Veränderung der Importe und Exporte in Prozent des BIP gegenüber dem Vorjahr. Quelle: Armingeon et al. (2004).

Literaturverzeichnis

- Allan, James; Scruggs, Lyle (2004): „Political Partisanship and Welfare State Reform in Advanced Industrial Societies“, *American Journal of Political Science* 48: 496-512.
- Amenta, Edwin (1993): „The State of the Art in Welfare State Research on Social Spending Efforts in Capitalist Democracies since 1960“, *American Journal of Sociology* 99: 750-763.
- Armingeon, Klaus (2001): „Institutionalising the Swiss Welfare State“, in: Jan-Erik Lane (Hg.): *The Swiss Labyrinth. Institutions, Outcomes and Redesign*. London u.a.: Frank Cass, 145-168.
- Armingeon, Klaus; Leimgruber, Philippe; Beyeler, Michelle; Menegale, Sarah (2004): *Comparative Political Data Set 1960-2002*. Bern: Institut für Politikwissenschaft. Download unter: http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/ru_armingeon/CPD_Set_en.asp (Zugriff am 18.8.2004).
- Beck, Nathaniel; Katz, Jonathan N. (1995): „What to do (and not to do) with Time-Series Cross-Section Data“, *American Political Science Review* 89: 634-647.
- Beyme, Klaus von (1985): *Political Parties in Western Democracies*. Aldershot: Gower.
- Beyme, Klaus von (2000): *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Blais, André; Blake, Donald; Dion, Stéphane (1993): „Do Parties Make a Difference? Parties and the Size of Government in Liberal Democracies“, *American Journal of Political Science* 37: 40-62.
- Blais, André; Blake, Donald; Dion, Stéphane (1996): „Do Parties Make a Difference? A Reappraisal“, *American Journal of Political Science* 40: 514-520.
- Bonoli, Giuliano; Kato, Junko (2004): „Social Policies in Switzerland and Japan: Managing Change in Liberal-Conservative Welfare States“, *Swiss Political Science Review* 10: 211-232.
- Bonoli, Giuliano; Powell, Martin (Hg.) (2004): *Social Democratic Party Policies in Contemporary Europe*. London: Routledge.
- Budge, Ian; Klingemann, Hans-Dieter; Volkens, Andrea; Bara, Judith; Tanenbaum, Eric (2001): *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*. New York: Oxford University Press.
- Budge, Ian; Robertson, David (1987): „Do parties differ, and how? Comparative discriminant and factor analysis“, in: Ian Budge; David Roberston; Derek Hearl (Hg.): *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analysis of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press, 388-416.
- Bundesamt für Statistik (diverse Jahrgänge): *Statistisches Jahrbuch der Schweiz*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Castles, Francis G. (2001): „On the Political Economy of Recent Public Sector Development“, *Journal of European Social Policy* 11: 195-211.
- Castles, Francis G. (2005): „Social Expenditure in the 1990s: data and determinants“, *Policy & Politics* 33: 411-430.
- Chardonens, Pierre; Saurer, Peter (2002): „Fiskal-, Steuer- und Staatsquoten – Eine Auslegung“, *Die Volkswirtschaft* 2: 20-25.
- Colomer, Josep M. (1995): „Introducción“, in: Josep M. Colomer (Hg.): *La política in Europa*. Barcelona: Ariel.
- Cusack, Thomas R.; Fuchs, Susanne (2003): „Parteien, Institutionen und Staatsausgaben“, in: Herbert Obinger; Uwe Wagschal; Bernhard Kittel (Hg.): *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*. Opladen: Leske und Budrich, 321-354.

- De Deken, Johan; Kittel, Bernhard (2005): Putting the Chain Saw into Pension Expenditures. Paper presented at the Expert Seminar „Exploring the dynamics of reform: the dependent variable problem in comparative welfare state analysis“. Stirling, 13/14 May 2005.
- Dornbusch, Rudiger; Fischer, Stanley (1984): *Macroeconomics*. 3rd Edition. Auckland u.a.: McGraw-Hill.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Franzese, Robert J.; Kam, Cindy D.; Jamal, Amaney A. (2001): Modelling and Interpreting Interactive Hypotheses in Regression Analysis. Paper presented at the Annual Meetings of American Political Science Association. Download unter: <http://www.personal.umich.edu/~franzese/Publications.html> (Zugriff am 11.5.2005).
- Garrett, Geoffrey (1998): *Partisan Politics in the Global Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Garrett, Geoffrey; Mitchell, Deborah (2001): „Globalization, government spending and taxation in the OECD“, *European Journal of Political Research* 39: 145-177.
- Green-Pedersen, Christoffer (2001): „The Puzzle of Dutch Welfare State Retrenchment“, *West European Politics* 24: 135-150.
- Green-Pedersen, Christoffer (2002): *The Politics of Justification. Party Competition and Welfare-State Retrenchment in Denmark and the Netherlands from 1982-1998*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Hibbs, Douglas A. (1977): „Political Parties and Macroeconomic Policy“, *American Political Science Review* 71: 1467-1487.
- Huber, Evelyne; Ragin, Charles; Stephens, John D. (1993): „Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State“, *American Journal of Sociology* 99: 711-749.
- Huber, Evelyne; Stephens, John D. (2001): „Welfare State and Production Regimes in the Era of Retrenchment“, in: Paul Pierson (Hg.): *The New Politics of the Welfare State*. New York: Oxford University Press, 107-145.
- Kersbergen, Kes van (1995): *Social Capitalism. A Study of Christian Democracy and the Welfare State*. London u.a.: Routledge.
- Kirchheimer, Otto (1965): „Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems“, *Politische Vierteljahresschrift* 6: 20-41.
- Kittel, Bernhard (1999): „Sense and sensitivity in pooled analysis of political data“, *European Journal of Political Research* 35: 225-253.
- Kittel, Bernhard; Obinger, Herbert (2003): „Political Parties, Institutions, and the Dynamics of Social Expenditure in Times of Austerity“, *Journal of European Public Policy* 10: 20-45.
- Kittel, Bernhard; Obinger, Herbert; Wagschal, Uwe (2000): „Die gezügelten Wohlfahrtsstaaten im internationalen Vergleich: Politisch-institutionelle Faktoren der Entstehung und Entwicklungsdynamik“, in: Herbert Obinger; Uwe Wagschal (Hg.): *Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen*. Frankfurt u.a.: Campus, 329-364.
- Kittel, Bernhard; Winner, Hannes (2002): How Reliable is Pooled Analysis in Political Economy? The Globalization-Welfare State Nexus Revisited. MPIfG Discussion Paper 02(3).
- Kohl, Jürgen (1985): *Staatsausgaben in Westeuropa. Analysen zur langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen*. Frankfurt u.a.: Campus.
- Korpi, Walter (1983): *The Democratic Class Struggle*. London u.a.: Routledge & Kegan Paul.

- Korpi, Walter; Palme, Joakim (2003): „New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975-95“, *American Political Science Review* 97: 425-446.
- Kriesi, Hanspeter (1999): „Note on the Size of the Public Sector in Switzerland“, *Swiss Political Science Review* 5: 105-108.
- Lange, Peter; Garrett, Geoffrey (1985): „The Politics of Growth: Strategic Interaction and Economic Performance in the Advanced Industrial Democracies, 1974-1980“, *Journal of Politics* 49: 792-827.
- Laver, Michael; Hunt, W. Ben (1992): *Policy and Party Competition*. New York u.a.: Routledge.
- Lijphart, Arend (1997): „Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. Presidential Address, American Political Science Association, 1996“, *American Political Science Review* 91: 1-14.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven u.a.: Yale University Press.
- Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein (1967): „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction“, in: Seymour Martin Lipset; Stein Rokkan (Hg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press, 1-64.
- Obinger, Herbert; Kittel, Bernhard (2003): „Parteien, Institutionen und Wohlfahrtsstaat. Politisch-institutionelle Determinanten der Sozialpolitik in OECD-Ländern“, in: Herbert Obinger; Uwe Wagschal; Bernhard Kittel (Hg.): *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*. Opladen: Leske und Budrich, 355-384.
- OECD (2004a): *Economic Outlook No. 75*. Paris: OECD.
- OECD (2004b): *Social Expenditure Database*. Paris: OECD.
- OECD (2004c): *Health Data*. Paris: OECD.
- OECD (2004d): *Labour Force Statistics*. Paris: OECD.
- Pierson, Paul (1996): „The New Politics of the Welfare State“, *World Politics* 48: 143-179.
- Ross, Fiona (2000): „Interests and Choice in the 'Not Quite so New' Politics of Welfare“, *West European Politics* 23: 11-34.
- Roubini, Nouriel; Sachs, Jeffrey (1989): *Government Spending and Budget Deficits in the Industrial Economies*, NBER Working Paper No. 2919. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Scharpf, Fritz W.; Schmidt, Vivien A. (2000): „Conclusion“, in: Fritz W. Scharpf; Vivien A. Schmidt (Hg.): *Welfare and Work in the Open Economy. Vol. 1. From Vulnerability to Competitiveness*. New York: Oxford University Press, 310-336.
- Schmidt, Manfred G. (1982): *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen*. Frankfurt u.a.: Campus.
- Schmidt, Manfred G. (1991): „Machtwechsel in der Bundesrepublik (1949-1990). Ein Kommentar aus der Perspektive der vergleichenden Politikforschung“, in: Bernhard Blanke; Hellmut Wollmann (Hg.): *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel* (Leviathan Sonderheft 12). Opladen: Westdeutscher Verlag, 179-203.
- Schmidt, Manfred G. (1996): „When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy“, *European Journal of Political Research* 30: 155-183.
- Schmidt, Manfred G. (2000): „Die sozialpolitischen Nachzüglerstaaten und die Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung“, in: Herbert Obinger; Uwe Wagschal (Hg.): *Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen*. Frankfurt u.a.: Campus, 22-36.

- Siegel, Nico A. (2001): „Jenseits der Expansion? Sozialpolitik in westlichen Demokratien 1975-1995“, in: Manfred G. Schmidt (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil*. Opladen: Leske und Budrich, 54-89.
- Tanzi, Vito; Schuknecht, Ludger (2000): *Public Spending in the 20th Century. A Global Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tsebelis, George (2002): *Veto Players. How Political Institutions Work*. New York u.a.: Russell Sage Foundation.
- Tufte, Edward R. (1978): *Political Control of the Economy*. New Jersey: Princeton University Press.
- Ware, Alan (1996): *Political Parties and Party Systems*. New York: Oxford University Press.
- Zohlnhöfer, Reimut (2003): „Der Einfluss von Parteien und Institutionen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik“, in: Herbert Obinger; Uwe Wagschal; Bernhard Kittel (Hg.): *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*. Opladen: Leske und Budrich, 47-80.

Korrespondenz: Patrick Emmenegger
Universität Bern
Institut für Politikwissenschaft
Unitobler
Lerchenweg 36
CH-3000 Bern 9

E-Mail: patrick.emmenegger@ipw.unibe.ch